

„Decke des Schweigens“

Kein Untersuchungsausschuss

Der von der SPD-Fraktion beantragte Untersuchungsausschuss über den Eigentumsstreit um die badischen Kunstschatze ist gestern wider Erwarten nicht eingesetzt worden. Die CDU-Fraktion erwirkte im Landtag in Stuttgart mit einem Antrag eine Überweisung an den Ständigen Ausschuss. Begründung des CDU-Abgeordneten Christoph Palm: Es gebe noch gar kein Regierungshandeln, das untersucht werden könnte. „Es ist noch nichts ver- und nichts gekauft worden.“ Deshalb bestünden Zweifel an der Zulässigkeit des Gremiums.

Dagegen warf SPD-Fraktionschefin Ute Vogt den Regierungs-Fraktionen vor, mit der Ablehnung des Ausschusses eine „Decke des Schweigens“ über die Verhandlungen und Vereinbarungen der Landesregierung mit dem Haus Baden breiten zu wollen. CDU und FDP sei an Verschleppung statt an Aufklärung gelegen. Nur ein Untersuchungsausschuss gewähre der Opposition umfangreiche Akteneinsicht und Vernehmung von Zeugen unter gerichtlichen Umständen.

Für den Antrag stimmten neben der CDU auch ihr Koalitionspartner FDP. Dagegen votierten SPD und Grüne, wobei Letztere sich dem SPD-Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht angeschlossen haben. Jürgen Walter (Grüne) nannte allerdings das Vorgehen der CDU einen „Zinnober“, obwohl er deren inhaltliche Kritik zum Teil nachvollziehen könne. Für die FDP warnte Heiderose Berroth vor den Kosten des Untersuchungsausschusses. Das Geld könne sinnvoller verwendet werden. Die Überweisung an den Ständigen Ausschuss, der sich unter anderem mit Rechtsfragen befasst, zieht lediglich eine Verzögerung nach sich. Anfang kommender Woche wird der Ständige Ausschuss zu einer Sondersitzung einberufen. Voraussichtlich wird dann Mitte der Woche der Untersuchungsausschuss vom Landtag eingesetzt. Denn nach der Landesverfassung muss er eingesetzt werden, wenn dies mindestens ein Viertel der Mitglieder des Landtags beantragt. Die SPD erfüllt mit 38 von 139 Abgeordneten diese Voraussetzung.

Als Zeichen des Bürgerprotests gegen einen Verkauf von Kulturgut zu Gunsten der Familie von Baden überreichte gestern die Landesvereinigung Baden in Europa dem Ministerpräsidenten über 20 000 Unterschriften. lsw/BNN